**Feststellung gemäß § 5 UVPG
(H.G. Büttner GmbH, Erhöhung der Lagermenge an Schrotten und weitere
Änderungsmaßnahmen)**

GAA Emden v. 13.10.2021 – A 1.499.05/99/EMD21-043-01

Die Firma H.G. Büttner GmbH, Liebigstr. 2, 26607 Aurich hat mit Schreiben vom 14.06.2021 die Genehmigung nach § 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Änderung ihrer Anlage zur Schrottlagerung, zum Schrotthandel und zur Altfahrzeugdemonontage und –lagerung am Standort 26607 Aurich, Liebigstr. 2, Gemarkung Sandhorst, Flur 2, Flurstück 59/11 beantragt.

Die Anlagenänderung besteht im Wesentlichen in der Erhöhung der Lagermenge an Schrotten auf 1.480 t und der Einrichtung einer Brennerfläche zum Schneidbrennen und zur sortenreinen Trennung bzw. Sortierung der angelieferten Abfälle.

Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 „Industriegebiet Aurich-Nord“ der Stadt Aurich. Das Betriebsgelände ist in diesem Bebauungsplan als Gewerbegebiet (GE) dargestellt.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist gemäß §§ 5, 9 Abs. 3 i.V.m. Nummer 8.7.1.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) durch eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht.

Die Prüfungen haben ergeben, dass besondere örtliche Gegebenheiten gem. den in Nummer 2.3 der Anlage 3 UVPG aufgeführten Schutzkriterien nicht vorliegen, da eine Betroffenheit der dort genannten geschützten Gebiete außerhalb des Einwirkungsbereiches der Anlage nicht gegeben ist und im Einwirkungsbereich der Anlage die dort genannten geschützten Gebiete nicht vorhanden sind. Nachteilige Auswirkungen des Vorhabens hinsichtlich Gewerbelärm sind ebenfalls nicht zu besorgen, da die schalltechnischen Vorgaben der TA Lärm und der Festsetzungen des Bebauungsplanes erfüllt werden.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen werden durch das Vorhaben nicht hervorgerufen.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass für das Vorhaben eine UVP-Pflicht nicht besteht.

Diese Feststellung wird hiermit der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Sie ist nicht selbstständig anfechtbar.